

Thema: Mehr Netto für alle

Probleme & Wirkung

- Obwohl sich Politiker aller Couleur auf die Soziale Marktwirtschaft berufen, könnten wir nicht weiter von dem entfernt sein, was Ludwig Erhard als Weg zum „Wohlstand für alle“ im Sinn hatte.
- Das Einkommen wird durch Steuern und Abgaben zum großen Teil sozialisiert. Freiheit, Eigentum und Verantwortung bleiben dabei auf der Strecke. Deutschland wird zum Versorgungsstaat und macht seine Bürger mit ihrem eigenen Geld von sich abhängig.
- Erhard bemerkte dazu treffend: „Das wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schließlich vom Staat (...) unsere eigenen Mittel zurückzu-erhalten.“
- Die „Kalte Progression“ frisst Lohnzuwächse wieder auf, da die Einkommensteuersätze nicht der Inflationsrate angepasst werden. Durch die progressive Einkommensteuer kommt es zu einer Steuer-mehrbelastung – das Realeinkommen sinkt.
- Das umlagefinanzierte Zwangssystem der sozialen Sicherung, das die Menschen durch hohe Sozial-abgaben und Steuern finanzieren, bricht aufgrund der demografischen Entwicklung zwangsläufig zu-sammen. Aus der sozialen Sicherheit ist eine staatlich organisierte soziale Unsicherheit geworden.

Zahlen & Fakten

- Trotz des erklärten Ziels der Bundesregierung, die Lohnzusatzkosten dauerhaft zu senken, müssen die Bürger gegenwärtig immer noch deutlich über 40 Prozent ihres Einkommens an die sozialen Ver-sorgungsanstalten abgeben, 1960 waren es noch 25 Prozent, 1980: 32 Prozent, 1995: 39 Prozent.
- Von einem Euro Lohnerhöhung des Unternehmers (Arbeitskosten) bleiben einem Single (3.500 € brut-to) nur 34,9 Cent! Fast 66 Prozent der Lohnerhöhung werden als Steuern und Abgaben abgezogen! Auch bei niedrigeren Einkommen verletzt der Staat schamlos das Halbteilungsprinzip.
- Das Sozialbudget ist von 33 Mrd. € (1960) auf etwa 707 Mrd. € (2007) gestiegen, das entspricht einer Steigerung von über 2.000 Prozent und einem Budget von über € 700,- pro Person und Monat. 44 Prozent des Bundeshaushalts wird für Soziales ausgegeben, aber nur 3 Prozent für Bildung und For-schung.
- 54 Mio. Bürger sind ganz oder teilweise vom Staat abhängig: Von Arbeitslosengeld- und Sozialhilfe-empfängern über Rentner und Pensionäre bis hin zu Pflegebedürftigen oder auch BAFÖG-Studenten.
- Der Anteil der Sozialleistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung liegt mit 38 Prozent nahezu eben-so hoch wie der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Selbständigen (40 Prozent).

Position der Familienunternehmer & Forderung

- Unternehmer und Mitarbeiter sagen zu Recht: „Ich will mehr!“ Es muss mehr Netto vom Brutto übrig-bleiben, um Leistungsanreize gerade für die mit Abstiegsängsten belastete Mittelschicht zu schaffen.
- Steuern und Abgaben müssen gesenkt werden, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, nach eigenem Wunsch vorzusorgen und selbst über die Verwendung ihres Geldes zu entscheiden.
- Damit Leistung wieder gefördert wird, brauchen wir eine flache Steuerkurve, damit von jedem Euro extra mehr im Geldbeutel der Menschen ankommt.
- Die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme benötigen Kapitaldeckung, um den drohenden Zusammenbruch durch die demographische Entwicklung zu verhindern.
- Die Lohnzusatzkosten müssen von den Arbeitskosten abgekoppelt werden, indem Unternehmer den gesamten Lohn an die Mitarbeiter auszahlen (auch die AG-Beiträge zur Sozialversicherung). Mit dem Geld kann sich dann jeder selbstständig versichern. Wer sich eine Mindestsicherung nicht leisten kann, muss dabei vom Staat unterstützt werden.